

Schluss mit der ausländerfeindlichen Arbeitsmarktpolitik

Nicht die fehlende Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse hält Migranten von qualifizierten Jobs fern. Es sind die Daumenschrauben des Ausländerrechts.

Von Frank Stäudner

Beitrag für "Meinung & Debatte", 21. Oktober 2010

Die Bundesregierung will die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfachen. 300.000 Menschen könnten nach Schätzungen der Bundesforschungsministerin Annette Schavan von der "Eintrittskarte" in den deutschen Arbeitsmarkt profitieren. Nach einer Studie aus dem Jahr 2007 arbeiten nur 16 Prozent der Migranten mit ausländischen Abschlüssen im erlernten Beruf.

Endlich passiert was. Doch ist wirklich die Anerkennung der Abschlüsse das Problem? Soeben haben die Personalvorstände großer Unternehmen in ihrer nunmehr vierten Bachelor-welcome-Erklärung bekräftigt, dass es ihnen bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter gar nicht auf die formale Qualifikation ankommt. Es zählen die tatsächlichen Kompetenzen. Wenn die Unternehmen dennoch für ihre Fachpositionen kaum unter den Zuwanderern fündig werden, dann hat das andere Gründe als die bürokratische Anerkennungspraxis.

Es sind die Daumenschrauben des Ausländerrechts, die zuverlässig verhindern, dass qualifizierte Flüchtlinge, Zuwanderer und andere Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt ein Bein auf den Boden bekommen. Da ist zum Beispiel die Vorrangprüfung: Selbst wenn ein Unternehmen einen Ausländer von außerhalb der Europäischen Union einstellen wollte, muss erst einmal in einem monatelangen Prozess penibel geprüft werden, ob nicht ein deutscher Arbeitsloser auf die offene Stelle passen könnte. Da gehen die allermeisten Unternehmen lieber den einfacheren und vor allem schnelleren Weg. Das kann man ihnen kaum verübeln.

Beispiel Arbeitsverbot und Residenzpflicht: Asylbewerber und geduldete Ausländer dürfen oft gar nicht arbeiten, und wenn doch, dann dürfen sie den zugewiesenen Landkreis nicht verlassen. Thüringen pfercht Ausländer sogar in abgelegene Lager. Wer in seiner Entfaltung so beschränkt wird, kommt für eine qualifizierte Arbeit, die vielleicht gar mit Dienstreisen verbunden wäre, kaum infrage.

Diese Praktiken sind eines zivilisierten Landes unwürdig. Sie sind aber auch in höchstem Maße kontraproduktiv: Denn mit Gängeleien und Schikanen wird man vielleicht den ein oder anderen unerwünschten Gast los. Aber ganz sicher verschreckt man alle Erwünschten.